

Die Leistung der Politik

Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung werden Deutschland ba

Im Jahr 1958 veröffentlichte die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen eine Vorausberechnung der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000. Das Ergebnis war, daß die Bevölkerung von 1950 bis 2000 von 2,5 auf 6,3 Milliarden zunehmen werde. Es ist jetzt schon so gut wie sicher, daß die tatsächliche Zahl 6,2 Milliarden betragen wird. Der Fehler ist erstaunlich gering. Eine ähnliche Vorausberechnung für die frühere Bundesrepublik auf der Basis des Zeitraums von 1970 bis 1985 traf mit noch geringerer Abweichung ein. Die bis zu vierzig Jahre zurückliegenden Berechnungen der Vereinten Nationen wurden 1962, 1982 und 1992 aktualisiert. Da die Ergebnisse für das Jahr 2000 alle in dem engen Intervall von 6,2 bis 6,6 Milliarden lagen, kann die hohe Zuverlässigkeit nicht mit einem Zufallstreffer erklärt werden.

Demographische Vorausberechnungen sind im Unterschied etwa zu Wirtschaftsprognosen oder zu den Prognosen des Club of Rome über die Erschöpfung von Rohstoffen wie Erdöl, die sich glücklicherweise als falsch erwiesen haben, ziemlich treffsicher, und zwar aus folgendem Grund: Die Zahl der Menschen, die in 20 Jahren leben wird, ist zum größten Teil schon geboren. Da sich die Sterblichkeit beziehungsweise die Überlebenswahrscheinlichkeit erstens nur langsam und zweitens nur in relativ geringfügiger Weise ändert, läßt sich die in 20 Jahren lebende Zahl der zwanzigjährigen und älteren Bevölkerung ziemlich genau vorausberechnen. Aber auch die Zahl der erst in der Zukunft Geborenen kann recht zuverlässig vorausgeschätzt werden, weil die hierfür entscheidende Zahl der Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren – das ist die künftige Zahl der potentiellen Mütter – zum Zeitpunkt der Berechnungen großenteils schon lebt.

Für die Weltbevölkerung wurde errechnet, daß die Zahl der potentiellen Mütter von 1995 bis 2050 von 1,3 auf 2,2 Milliarden zunehmen wird. Selbst wenn diese Frauen im Verlauf ihres Lebens im Welt-durchschnitt nur zwei statt wie heute noch 3,1 Kinder haben werden, muß sich die absolute Geburtenzahl in der Zukunft erhöhen, statt abzunehmen. Der Grund für dieses Muß ist: In der Vergangenheit wuchs die Geburtenzahl der Weltbevölkerung von 1950/55 bis 1990/95 von 99 Millionen auf 137 Millionen pro Jahr. Die Größe der ins Elteralter nachrückenden, schon lebenden Generationen nimmt deshalb in der Zukunft ständig zu. Selbst wenn bei den nachrückenden Frauengenerationen die Kinderzahl pro Frau abnimmt, muß die absolute Geburtenzahl und somit die Bevölkerungszahl stark zunehmen, weil die Abnahme der



Schaufenster Deutschland

Kinderzahl pro Frau durch die Zunahme der Zahl der Frauen im Alter 15 bis 45 mehr als ausgeglichen wird. Wegen dieser durch die junge Altersstruktur der Weltbevölkerung bedingten, nicht beeinflussbaren Eigendynamik des Wachstums kann die Weltbevölkerung im nächsten Jahrhundert ähnlich genau vorausberechnet werden, wie dies durch die Vereinten Nationen für dieses Jahrhundert geschah. Nach den nur wenig differierenden Vorausberechnungen der Vereinten Nationen, der Weltbank und anderer Forschungsinstitute wird die Weltbevölkerung von 1996 bis zum Ende des 21. Jahrhunderts höchstwahrscheinlich von 5,8 auf 10 bis 11 Milliarden wachsen.

In Deutschland nahm die Geburtenzahl in der Vergangenheit im Gegensatz zur Weltbevölkerung nicht ständig zu, sondern sie ging in der früheren Bundesrepublik von 1964 bis 1978 von 1065000 auf 576000 zu-

rück. In den neuen Bundesländern sank sie von 1989 bis 1993 von 199000 auf 81000, das heißt um 60 Prozent. Anders als bei der Weltbevölkerung beziehungsweise in den Entwicklungsländern, deren Anteil an der Weltbevölkerung von 80 auf 90 Prozent zunehmen wird, haben wir es in Deutschland mit einer Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung zu tun, die jedoch ebensowenig beeinflussbar ist wie die Eigendynamik des Bevölkerungswachstums: Durch die Abnahme der Geburtenzahl in der Vergangenheit sinkt in der Zukunft die Zahl der ins Alter von 15 bis 45 nachrückenden potentiellen Mütter drastisch, so daß die Bevölkerungszahl Deutschlands in Zukunft selbst dann weiter schrumpfen muß, wenn die Zahl der Geburten pro Frau wieder zunähme, was jedoch ohnehin von keinem Experten angenommen wird. Die Schrumpfung der heimischen Bevölkerung ist bereits

besteht im Verdrängen

vor gewaltige Schwierigkeiten stellen / Von Professor Dr. Herwig Birg



Foto Barbara Klemm

seit Mitte der siebziger Jahre im Gange, wird aber durch die Zuwanderungen aus dem Ausland kompensiert und sogar stark überkompensiert, so daß sie verdeckt ist und nicht in Erscheinung tritt. Entsprechend lückenhaft ist das Wissen über diese Tatsachen. Wie vielen Politikern mag bewußt sein, daß schon 1970, in dem Jahr der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, mehr Menschen aus dem Ausland in die frühere Bundesrepublik zuzogen, als im Inland geboren wurden? Seit den achtziger Jahren stieg die Zahl der Zuwanderer nochmals stark. Die wichtigsten Faktoren hierfür waren der rechtlich garantierte Familiennachzug der hier lebenden Ausländer, die hohe Zahl von Ausnahmegenehmigungen vom 1973 erlassenen Zuzugsstopp zur Besetzung von Arbeitsplätzen mit Ausländern, für die sich keine Deutschen fanden (und noch immer nicht finden), sowie die dramatisch ge-

stiegene Zahl von Asylbewerbern. Aber schon im Zeitraum 1983 bis 1988, also vor dem Zusammenbruch des Ostblocks und vor dem dadurch bedingten großen Zustrom der Aussiedler, zogen pro 100 000 Einwohner wesentlich mehr Menschen in die frühere Bundesrepublik als in die klassischen Einwanderungsländer. Die Zahl der Einwanderer in die Vereinigten Staaten betrug 1983 bis 1988 pro 100 000 Einwohner und Jahr 245, in Kanada waren es 479, in Australien 694 und in der früheren Bundesrepublik 1022. Durch den Zusammenbruch des Ostblocks stieg die Zahl der nach Deutschland Zugewanderten nach 1989 sogar auf 1566 pro 100 000 Einwohner (1993), das ist das Sechsfache der Zahl für die Vereinigten Staaten im Zeitraum 1983 bis 1988.

Die amtliche deutsche Bevölkerungsstatistik verwendet den Begriff Zuwanderer, nicht Einwanderer, weil sich Deutschland

offiziell nicht als Einwanderungsland versteht. In der Tat kommt das Wort „Einwanderer“ weder im Ausländergesetz noch in irgendeinem anderen einschlägigen Gesetz vor. Das Festhalten der Politiker an dem begrifflichen Unterschied zwischen Zuwanderern und Einwanderern ändert nichts daran, daß von den 6,9 Millionen Ausländern 1993 50 Prozent zehn Jahre oder länger und 27 Prozent zwanzig Jahre oder länger in der Bundesrepublik lebten. Wenn man die unter zehn Jahre alten Kinder außer Betracht läßt, sind fast zwei Drittel der ausländischen Einwohner Nordrhein-Westfalens mindestens zehn Jahre in diesem Land. Faktisch ist Deutschland seit über zwei Jahrzehnten ein Einwanderungsland, ohne daß die offizielle Politik dies zur Kenntnis nimmt. Unsere Politiker wiederholen gebetsmühlenartig: „Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ Sie könnten ebensogut behaupten, die Erde sei eine Scheibe und die Sonne drehe sich um die Erde.

Kann Deutschland überhaupt noch wählen, ob es ein Einwanderungsland sein will oder nicht? Die Antwort ist nein, und deshalb ist der Streit über Zuwanderer versus Einwanderer müßig. Die Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung würde ohne Einwanderungen dazu führen, daß die Bevölkerung von 1994 bis 2050 von 81,5 Millionen auf 38,9 Millionen, also auf etwa die Hälfte, schrumpft, weil sich der schon eingetretene Rückgang der Geburtenzahl nach 20 bis 30 Jahren in einem Rückgang der Elternzahl und dieser in einem zusätzlichen Rückgang der Geburtenzahl auswirkt. Diese zwingende Logik der Demographie läßt sich nicht wegdiskutieren und auch nicht durch Ignorieren außer Kraft setzen. Ohne Einwanderungen würde dieser Prozeß bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zu einer Bevölkerungsabnahme auf 19,3 Millionen führen.

Da dies den vollständigen Ruin Deutschlands bedeuten würde, wird es Einwanderungen geben und geben müssen. Wie viele das sein könnten oder sollten, ist eine offene Frage. Man kann jedoch zuverlässig berechnen, wie groß der zum Ausgleich des unabwendbar steigenden Geburtendefizits erforderliche Wanderungssaldo (= Überschub der Zuwanderungen über die Abwanderungen) sein müßte. Gegenwärtig ist die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 wegen der in den sechziger Jahren geborenen starken Jahrgänge relativ groß und das Geburtendefizit relativ gering.

Förtsetzung auf der folgenden Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Beim Thema Migration versagt die Politik

Es beträgt (letzte veröffentlichte Zahlen für 1993) 99000 und setzt sich aus einem Geburtendefizit der Deutschen von 190000 und einem Geburtenüberschuß der Ausländer von 91000 zusammen. (Bedingt durch die junge Altersstruktur der Ausländer, also nicht durch eine besonders große Geburtenzahl pro Frau, gibt es bei den Ausländern einen relativ hohen Geburtenüberschuß.) Da die in den sechziger Jahren geborenen starken Elternjahrgänge seit Mitte der neunziger Jahre schon wieder aus dem für die Geburtenzahl wichtigen Altersbereich herausaltern, nimmt das Geburtendefizit seit 1993 zu. Es wird sich im 21. Jahrhundert von Jahrzehnt zu Jahrzehnt vergrößern. Wollte man das Geburtendefizit voll durch Einwanderungen ausgleichen, müßten von den vierziger Jahren des nächsten Jahrhunderts an jedes Jahr 500000 bis 650000 Personen netto aus dem Ausland zuwandern. Da aufgrund der natürlichen Fluktuationen pro Jahr etwa eine halbe Million Menschen aus Deutschland wegziehen, müßten dann eine Million Menschen und mehr pro Jahr zuziehen. Die bisher größte Zuzugszahl nach 1989 wurde im Jahr 1992 erreicht, sie betrug 1489000; im nächsten Jahrhundert müßten von den vierziger Jahren an ständig etwa ebenso viele Menschen zuziehen wie unter den einmaligen Bedingungen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks.

Diese Berechnungen sind unter Experten wenig strittig, wie sich zuletzt wieder bei der Expertenanhörung der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages in Bonn am 15. Januar 1996 zeigte. Sie beruhen auf relativ sicheren Annahmen über die Kinderzahl pro Frau in der Zukunft (für Deutschland wird meist ein Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von knapp 1,3 auf 1,4 angenommen) sowie auf ziemlich sicheren Annahmen über die Erhöhung der Lebenserwartung, die erfahrungsgemäß um ein bis drei Jahre pro Jahrzehnt wächst. Die Geburtenzahl pro Frau (genauer: die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau) betrug 1995 in den alten Bundesländern 1,3 und in den neuen 0,8, und zwar einschließlich der von den Ausländern geborenen Kinder. Bei den Ausländern lag die Geburtenzahl pro Frau 1986 noch bei 1,5, sie unterschritt also ebenso wie die der Deutschen den für die langfristige Bestandserhaltung erforderlichen Wert von 2,1. Bei den Ausländern stieg die Zahl allerdings in einem einzigen Jahr (von 1986 auf 1987) von 1,5 auf 1,9. Die Ausländer haben offensichtlich die Vorteile der 1986 eingeführten Verbesserungen der familienpolitischen Leistungen schnell erkannt (Kindergeld, Erziehungsgeld, Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung) und im Gegensatz zu den Deut-

schen mit einer sprunghaften Erhöhung der Geburtenzahl pro Frau reagiert.

In Frankreich ist die öffentliche Anerkennung der Familien mit Kindern wesentlich größer und die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit wegen des ausgebauten Systems der Kinderbetreuungsmöglichkeiten wesentlich günstiger als hierzulande, aber die Kinderzahl pro Frau ist auch dort viel niedriger als 2,1, sie hat abnehmende Tendenz und liegt heute bei 1,6 bis 1,7. Der Grund für die niedrige Geburtenrate in Industrieländern wie Deutschland und Frankreich sind nicht in erster Linie die hohen direkten Kosten von Kindern, auch nicht die sogenannten „Opportunitätskosten“ – das sind die entgangenen Erwerbseinkommen, wenn eine Frau auf Erwerbsarbeit verzichtet, um Kinder großzuziehen (sie belaufen sich je nach Beruf auf eine halbe bis auf weit über eine Million Mark) –, der wichtigste Grund sind die langfristigen biographischen Festlegungen im Lebenslauf, die mit Kindern unauflöslich verbunden sind und die sich auch nicht durch eine noch so perfekt organisierte Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit aufheben lassen.

Auch wenn es gelänge, die Kinderzahl pro Frau in Deutschland wieder auf ein Niveau von 1,6 wie in Frankreich zu heben, würde dies an der Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung nur wenig ändern: Die zum Ausgleich des Geburtendefizits erforderlichen Einwanderungsüberschüsse müßten dann trotzdem auf 400000 bis 550000 pro Jahr zunehmen und danach auf Dauer in dieser Größenordnung bleiben.

Eine so dramatische Zunahme der Einwanderungen wird wegen der damit verbundenen Konsequenzen von keinem Experten angenommen. Die meisten Berechnungen gehen von einem geringen Einwanderungsüberschuß in der Größenordnung von 200000 bis 300000 pro Jahr aus, was allerdings im internationalen Vergleich viel ist. Rechnet man mit 250000 pro Jahr und setzt man einen Anstieg der Geburtenzahl pro Frau auf 1,4 voraus, dann wird das Geburtendefizit nur zum Teil ausgeglichen, so daß die Bevölkerungszahl von 1994 bis 2050 von 81,5 Millionen auf 66,8 und bis 2100 auf 51,4 Millionen schrumpft. In den alten Bundesländern würde die Bevölkerung dann bis 2050 von 66,0 auf 57,6 Millionen und in den neuen Bundesländern von 15,5 auf 9,2 Millionen abnehmen, wobei in den neuen Ländern ein allmählicher Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 0,8 auf das Niveau im Westen unterstellt wurde.

Die hier vorgetragenen Berechnungsergebnisse stimmen mit denen des Statistischen Bundesamtes (sogenannte „Achte koordinierte Bevölkerungsberechnung“) weitgehend überein. Auch andere Institute

kommen zu vergleichbaren Resultaten, so daß sich die Diskussion heute nicht mehr auf die Berechnungen selbst, sondern auf deren Konsequenzen konzentriert. Davon erfährt die Öffentlichkeit allerdings wenig. Über die obenerwähnte Expertenanhörung der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ berichteten die meisten Medien fast nichts, während die in Bonn zwei Tage später diskutierte Telefongebührenänderung, an die sich in 20 Jahren kein Mensch mehr erinnern wird, die Kanäle überlaufen ließ. Der Grund liegt natürlich nicht im zu geringen Nachrichtenwert demographischer Informationen, sondern in ihrem eher zu großen Bedeutungsgehalt. Die sich abzeichnenden demographisch bedingten Probleme sind so gravierend, daß es für viele Politiker und Journalisten eine psychologische Notwendigkeit zu sein scheint, die Informationen zu verdrängen.

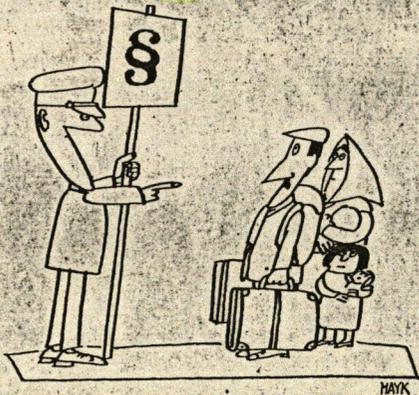
Niemand kann und darf dazu gezwungen werden, zum Arzt zu gehen, der ihm eventuell negative Diagnoseergebnisse mitteilen könnte. Aber gibt es in bezug auf die demographische Entwicklung ein analoges „Recht auf Nichtwissen“? Der Philosoph Hans Jonas hielt die Bevölkerungsentwicklung für eine das menschliche Zusammenleben so elementar bestimmende Frage, daß er in seiner Verantwortungsethik eine Pflicht postuliert, sich über demographische Sachverhalte zu unterrichten. Den Menschen, die den Kontakt zur gesellschaftlichen Realität noch nicht verloren haben, leuchtet sofort ein, daß diese Dinge wichtig sind und wichtig genommen werden müssen. Um so unverständlicher ist das Beklemmung hervorrufende öffentliche Schweigen hochrangiger Politiker und einflußreicher Journalisten über die demographisch bedingten Zukunftsprobleme unseres Landes, und um so unverantwortlicher sind politische Verlautbarungen wie „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Die „Politik als Beruf“, über die Max Weber in seinem berühmten Vortrag sprach, ist dabei, zum berufsmäßigen Opportunismus zu verkümmern.

Die Bevölkerungsschrumpfung stellt für sich genommen noch kein Problem dar, allerdings auch keinen ökologischen Vorteil, wie viele meinen. So wurde in einem Forschungsprojekt nachgewiesen, daß der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid in den Industrieländern durch eine Scheidung und durch den dadurch bedingten Mehrverbrauch an Energie infolge der Gründung eines zusätzlichen Haushalts stärker zunimmt als durch die Geburt eines zusätzlichen Menschen in einem Entwicklungsland mit hohem Bevölkerungswachstum. Die Bevölkerungsschrumpfung wird nicht direkt, sondern vor allem durch ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen.

- 4 -

also indirekt, zum Problem. Die beiden wichtigsten handfesten Konsequenzen (es gibt daneben unzählige weniger greifbare, aber deshalb nicht weniger wichtige Folgen) sind die demographische Alterung und das absehbare Wachstum des Anteils der zugewanderten Bevölkerung und ihrer Nachkommen an der Gesamtbevölkerung auf 30 bis 40 und schließlich auf über 50 Prozent im nächsten Jahrhundert.

Die demographische Alterung beruht nicht in erster Linie auf der wahrscheinlichen Erhöhung der Lebenserwartung von heute 73,1 auf 78 Jahre bei den Männern und von 79,5 auf 85 Jahre bei den Frauen (Zahlen für die alten Bundesländer). Sie ist ein relativer Begriff und wird durch das Verhältnis der Zahl der über Sechzigjährigen zur Zahl der Zwanzig- bis Sechzigjährigen ausgedrückt (= Altenquotient). Heute entfallen auf hundert Zwanzig- bis Sechzigjährige rund 35 über Sechzigjährige, ab



2030 sind es statt 35 rund 70, also doppelt so viele. Dabei ist berücksichtigt, daß die Zugewanderten jünger sind, meist im Alter zwischen 25 und 35. Aber weil die Zugewanderten ebenfalls altern, gehört ein großer Teil von ihnen nach 30 Jahren zu den über Sechzigjährigen, so daß sich die Alterung durch Einwanderungen keinesfalls verhindern, sondern nur relativ geringfügig mildern läßt. Der Einfluß der Wanderungen ist also nicht so groß, daß man behaupten könnte, daß sich das Alterungsproblem durch die Einwanderungen lösen ließe. Trotzdem wird dies immer wieder so dargestellt. Man muß sich mittlerweile fragen, ob dies wider besseres Wissen geschieht.

Je älter eine Bevölkerung ist, desto höher sind naturgemäß die Pro-Kopf-Aufwendungen für die Renten. Auch die Pro-Kopf-Aufwendungen für das Gesundheitssystem sind bei einer alten Bevölkerung höher, und das gleiche gilt für die Pflege und für das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe, weil die meisten Arbeitslosen zu den Älteren gehören. Die Pro-Kopf-Aufwendungen der Sozialversicherung werden deshalb durch die Alterung unaufhörlich zunehmen, wenn die Leistungen nicht gekürzt werden sollen. Die gegenwärtige Diskussion über die Reduktion der Lohnne-

benkosten hat etwas Gespenstisches, weil die Kosten aus zwingenden alterungsbedingten Gründen zunehmen werden, statt abzunehmen.

Das Argument, man müsse „nur“ die Arbeitslosigkeit beseitigen und die Verwendung der Einnahmen der Sozialversicherung für „versicherungsfremde“ Aufgaben abstellen, um die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung zu lösen, verkennt, daß die demographische Alterung und die Bevölkerungsschrumpfung Entwicklungen sind, die mit oder ohne Arbeitslosigkeit eintreten werden und die unabhängig davon sind, ob die Einnahmen der Rentenversicherung sachfremd oder sachgerecht verausgabt werden, ganz abgesehen davon, daß man darüber streiten kann, ob es wirklich eine „versicherungsfremde“ Mittelverwendung ist, die Renten in den neuen Bundesländern schrittweise auf das Niveau im Westen anzuheben und die Aussiedler in das Solidarsystem zu integrieren. Jedenfalls nimmt der Kostendruck in der deutschen Wirtschaft durch die unabwendbare, weil alterungsbedingte Erhöhung der Lohnnebenkosten unaufhaltsam zu, so daß zusätzliche Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland wahrscheinlicher sind als Rückverlagerungen von Arbeitsplätzen ins Inland. Daß sich hieraus eher eine Tendenz zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote ergibt als zu einer Verringerung, liegt auf der Hand.

Die gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Einwanderungen sind weniger eindeutig durch quantitative Berechnungen kalkulierbar als die Auswirkungen der Alterung auf die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme und auf die Lohnnebenkosten als Standortnachteil. Zwar läßt sich auch hier durch klare, nachprüfbar Berechnungen zeigen, daß selbst bei einem moderaten Zuwanderungsüberschuß von 250 000 Personen pro Jahr der Anteil der zugewanderten Bevölkerung und ihrer Nachkommen einschließlich der schon hier lebenden Ausländer bis 2030 auf 20,4 Prozent und bis 2050 auf 39,1 Prozent steigt, aber wer kann sagen, daß er die Bedeutung dieser Zahlen in ihrer ganzen Dimension begreift? Die Zahlen besagen ja nicht mehr und nicht weniger, als daß die Deutschen im Sinne des heutigen Staatsangehörigkeitsrechts in vielen Großstädten, in denen der Ausländeranteil heute schon viel höher ist als im Bundesdurchschnitt (= 8,5 Prozent), in nicht zu ferner Zukunft, nämlich zu Lebzeiten unserer Kinder, in der Minderheit sein werden.

Natürlich lassen sich Ausländer durch Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts zu Deutschen umdefinieren, und es ist wichtig, die entsprechenden rechtlichen Möglichkeiten zu verbessern, aber damit sind nicht alle zuwanderungsbedingten Probleme automatisch gelöst. Um Scheinlösungen zu vermeiden, wäre es ohnehin besser, statt von „Ausländeranteil“ von „Zugewandertenanteil“ zu sprechen, ein Begriff,

der von Staatsangehörigkeitsänderungen unabhängig ist.

Der mangelnde politische Gestaltungswille unseres Landes auf demographischem Gebiet läuft auf einen demographischen Selbstversuch hinaus, auf ein Experiment mit zweifelhaftem Ausgang, das auch unsere Nachbarn mit Besorgnis erfüllt, insbesondere Frankreich. Es spricht zwar vieles dafür, daß Deutschland noch am ehesten die einwanderungsbedingten Integrationsprobleme meistern wird, weil es das einzige Land in Europa ist, das die bitteren Lehren aus zwei verlorenen Weltkriegen zu verarbeiten hatte, so daß rechtsextreme politische Parteien hier wahrscheinlich keine Chance haben, das Thema Einwanderungen zu mißbrauchen und mit fremdenfeindlichen Parolen in die Parlamente zu gelangen, aber die sich abzeichnenden bevölkerungsbedingten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme sind wegen ihrer Dimension geeignet, einen um den Schlaf zu bringen. Andererseits ist es ermutigend, zu sehen, wie gut die Ausländer zumindest in der Arbeitswelt integriert sind, so daß wir von unseren Nachbarn um das „Modell Deutschland“ beneidet werden, auf das wir durchaus stolz sein können.

Aber hat man bedacht, daß die Zugewanderten, wenn sie überhaupt dazu bereit sind, die – nennen wir es „deutsche Identität“ zu übernehmen, nicht das wichtige identitätsstiftende Element der von der deutschen Geschichte geprägten Nachkriegsgesellschaft mitübernehmen können, nämlich das Entstehen für die Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs, einschließlich der moralischen Bürden und materiellen Verpflichtungen aus den Nazi-Verbrechen, die für viele sogar eine Kollektivschuld begründen, obwohl auch Deutsche Opfer des NS-Staates waren? Steht nicht zu befürchten, daß die deutsche Einwanderungsgesellschaft eine Zwei-Klassen-Gesellschaft sein wird, bei der nur die eine Klasse die Verpflichtungen aus der deutschen Geschichte anerkennt?

Die Jüngeren fragen sich, wie das damals eigentlich war, daß die Nazis dieses Land und mit ihm ganz Europa ins Unglück stürzen konnten. Werden die Jungen in Zukunft wieder fragen, wie es kam, daß Deutschland sich (und seine Nachbarn) durch das Treibenlassen seiner demographischen Probleme im 21. Jahrhundert auf eine existenzbedrohende Weise gefährdete wie durch die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert? Unsere Gesellschaft scheint sich nicht darüber im klaren zu sein, wie gewaltig die demographisch bedingten Probleme sind, die auf dieses arme reiche Deutschland zukommen und an denen dieses Land nicht ein drittes Mal scheitern darf.

Der Autor ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld.